

Protokoll

14. öffentliche Sitzung des Kreisschulausschusses vom 17.06.2020, Gymnasium Lüchow, Aula, Schulweg 2, 29439 Lüchow (Wendland)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 13. Ausschusssitzung vom 09.03.2020
- 2. Schulzentrum Dannenberg (ständiger TOP)
- 3. Kosten der Schülerbeförderung (ständiger TOP) 2020/538
- 4. Einwohnerfragestunde
- 5. Vergabe Kulturförderung 2020 2020/520
- 6. Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit dem MTV Dannenberg e.V. 2020/533
- 7. Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.05.2020: Notfallbetreuung Sommerferien 2020 2020/522
- 8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 8.1. Mittagsverpflegung am Schulzentrum Lüchow (W.) 2020/539
- 8.2. Sachstand Umsetzung Digitalpakt 2020/500
- 8.3. Tätigkeitsbericht des Kreisarchivs 2019 2020/536
- 8.4. Zwischenbericht Leitprojekt Grenzgeschichten 2020/477
- 8.5. Anfrage von KTA Bade zur Fachkräfteausbildung
- 8.6. Anfrage von KTA Pengel zu den Radabstellanlagen
- 8.7. Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

- 9. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Hanke, Herbert - Vorsitzender
KTA Pengel, Mechthild - stellv. Vorsitzende
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Bade, Heike
KTA Gerstenkorn, Annegret
KTA Jacobs, Hans-Hermann
KTA Kittmann, Dorothea
KTA Maury, Hans-Udo
KTA Pape, Hartmut
KTA Schaper-Biemann, Herbert
KTA Fathmann, Bernard
Prigge, Sarah - Lehrervertreterin der allgemeinbildenden Schulen
Hupp, Olaf - Elternvertreter der allgemeinbildenden Schulen
Krüger, Frederic - Arbeitnehmervertreter
Lüning, Peter - Arbeitnehmervertreter
Erste Kreisrätin Löser, Nadine
Schulz, Dagmar - Fachdienstleiterin Jugend - Familie - Bildung
Niehus-Schult, Beatrice - Protokollführung
Wilke, Nadine - Protokollführung
Bartholomai, Rainer, Dr. - Gymnasium Lüchow
Eilts, Stefan - BBS Lüchow
Herborth, Thorsten - Jeetzel-Oberschule Lüchow
Lumpe, Sabrina - Bernhard-Varenius-Schule Hitzacker
Marx, Ulrike - Drawehn-Schule Clenze
Steffen, Miriam - Nicolas-Born-Schule Dannenberg
Weingarten, Jutta - Fritz-Reuter-Gymnasium Dannenberg

Es fehlen:

Widow, Andreas - Elbauenschule Gartow entschuldigt
Beyer, Gabriele entschuldigt
Ramirez, Marion entschuldigt
Süßmuth, Florian entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:15 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisschulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke stellt die Tagesordnung fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 13. Ausschusssitzung vom 09.03.2020

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke stellt das Protokoll der 13. Sitzung zur Abstimmung.

Das Protokoll der Sitzung vom 09.03.2020 wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

2. Schulzentrum Dannenberg (ständiger TOP)

Seitens der Verwaltung gibt es keinen neuen Sachstand.

Frau Schulz teilt mit, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Kreisschulausschusses Herrn Schrodtt vom Gebäudemanagement und ggfls. den Architekten zur Sachstandsmitteilung einladen werde.

Kenntnis genommen

3. Kosten der Schülerbeförderung (ständiger TOP)

2020/538

Frau Niehus-Schult fasst die von der LSE und der Schulverwaltung während der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen und zusätzlichen Aufwendungen im Bereich der Schülerbeförderung zusammen. Auf die Sitzungsvorlage und die Berichte der LSE wird verwiesen.

Frau Niehus-Schult teilt mit, dass auch die Sonderverkehre (z.B. Taxibeförderung) durch die angeordneten Schulschließungen einen Leistungsausfall in der Schülerbeförderung zu verzeichnen hätten und entsprechend Anträge auf Zahlung einer Ausfallpauschale gestellt worden seien (Verweis auf den Beschluss des Kreis Ausschusses vom 08.04.2020). Die LSE sei hiervon nicht betroffen.

Erste Kreisrätin Frau Löser ergänzt, dass zwischen dem Landkreis und der LSE ein Vertrag im Rahmen des sog. ÖDA (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag) bestehe. In diesem Vertrag sei vereinbart, dass die LSE monatliche Abschläge erhalte. Schwankungen, z.B. aufgrund von unterschiedlichen Entwicklungen bei den Schülerzahlen, Routenänderungen etc.) seien bis zu einer gewissen Prozentzahl bereits im Vertrag mit einkalkuliert. Am Ende des Jahres werde der Verlauf der Einnahmen und Ausgaben geprüft. Die Subunternehmer der LSE seien weiterbezahlt worden. Bestimmte Kosten, wie die Personalkosten seien unabhängig vom Leistungsausfall weiter angefallen und es ginge darum, das Personal zu halten. Im Übrigen habe man sich um eine Kosteneinsparung bemüht.

KTA Herr Hanke erkundigt sich nach dem Gutachten, dass vom Landkreis im Auftrag gegeben worden sei und nun vorlege.

Erste Kreisrätin Frau Löser merkt an, dass das Gutachten zur Prüfung bzw. zur Analyse von möglichen Einsparpotenzialen an die LSE weitergeleitet worden sei.

KTA Herr Maury wünscht einen Termin zur Vorstellung des Gutachtens im Frühherbst. Diese Vorstellung solle breitgefächert in den politischen Ausschüssen erfolgen

KTA Herr Hanke unterstützt dies und wünscht ebenfalls keine weitere Aufschiebung

Kenntnis genommen

4. Einwohnerfragestunde

Keine Fragen

5. Vergabe Kulturförderung 2020
--

2020/520

Gemäß der Sitzungsvorlage wurden Zuschüsse in Höhe von 16.817 € beantragt. Für die jährliche Kulturförderung stehen jedoch nur 14.000,00 € zur Verfügung. Die beantragten Zuschuss-Summen wurden darum zunächst pauschal anhand des Faktors 1,2 ($16.817 \text{ €} : 14.000 \text{ €} = \sim 1,2$) gekürzt.

KTA Herr Maury merkt an, dass die Mittel aus der Kulturförderung nur an diejenigen Antragssteller ausgezahlt werden sollten, deren Veranstaltungen auch tatsächlich stattfinden. Man solle die Fördermittel zurückhalten, wenn die Veranstaltung nicht stattfindet und die Förderung im folgenden Jahr um den eingesparten Betrag aufstocken

Frau Schulz versichert, dass eine Auszahlung der Fördergelder nur erfolgen werde, wenn die Veranstaltung auch stattfindet. Für die nicht ausgezahlt Gelder werde man am Jahresende für den gleichen Zweck Haushaltsrückstellungen bilden, so dass die Mittel entsprechend in das Haushaltsjahr 2021 übertragen werden.

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke trägt den Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Dem Vergabevorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

6. Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit dem MTV Dannenberg e.V.

2020/533

Frau Schulz erläutert den Hintergrund des Antrages gemäß der Sitzungsvorlage. Die Verwaltung würde dem Antrag auf Einräumung eines Erbbaurechtes für das entsprechende Teilgrundstück zum Zwecke der Errichtung einer Tennisanlage zustimmen wollen. Der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages mit der Option, dass die Tennisanlage auch dem Schulsport unentgeltlich zur Verfügung stehe, müsse mit entsprechender Beteiligung der Schulleitungen gesondert erfolgen.

KTA Herr Maury erkundigt sich bei den betroffenen Schulleitungen des Schulzentrums Dannenberg, ob diese entsprechend informiert seien oder ob die Schulen die Flächen selbst benötigen würden.

Frau Weingarten äußert, dass sie vom MTV Dannenberg im letzten Herbst über die Pläne informiert worden sei. Unter der Bedingung, dass die Tennisanlage auch für den Schulsport genutzt werden könne, habe sie dem zugestimmt.

Frau Steffen führt an, dass sie über diese Pläne nicht informiert sei. Aber unter der Voraussetzung der schulischen Mitnutzung der Tennisanlage sei sie ebenfalls mit der Einräumung eines Erbbaurechtes einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende KTA Herr Hanke trägt den Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt, zugunsten des Männerturnvereins von 1863 Dannenberg (Elbe) (MTV) auf einem ca. 10.900 m² großen Teilgrundstück im Schulzentrum Dannenberg ein Erbbaurecht für die Dauer von 99 Jahren zum Zwecke der Errichtung einer Tennisanlage zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

KTA Frau Bade erläutert den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag.

KTA Frau Bade findet es schade, dass keine Elternbefragung zu einem möglichen Betreuungsbedarf in den Sommerferien erfolgt sei. Dies solle kurzfristig nachgeholt werden. Sie regt an, dass man in Kooperation mit den Grundschulen nach alternativen Betreuungskräften (Erzieherausbildung BBS etc.) suchen könne.

Frau Schulz ergänzt, dass dieses Thema auch im Bereich der Kindertagesstätten bestehe. Hier sei bereits die zweite Elternbefragung über die Träger gestartet. Es bestehe das grundsätzliche Bestreben, in diesem Jahr auf eine feste Schließzeit in den Kindertagesstätten während der Sommerferien zu verzichten.

Frau Schulz weist darauf hin, dass die Rückmeldung der Schulleitungen dahingehend zu bedenken sei, dass diese erst nach Erlasslage handeln und es bisher keine Landesvorgaben für eine Ferienbetreuung gebe. Im Falle eines entsprechenden Erlasses würde man eine Kooperation mit den Samtgemeinden anstreben. Allerdings würde die Schaffung eines angemessenen Betreuungsangebotes auch durch die bestehenden Hygienevorschriften / Hygienepläne erschwert.

Frau Schulz betont, dass der Landkreis grundsätzlich das Bestreben habe, Angebote für eine Betreuung in den Ferien zu machen. Das Angebot BBS-Schüler für die Betreuung einzusetzen, sei von den Kindertagesstätten noch nicht abgefragt worden. Aktuell gebe es aber 5 Schülerinnen, die bereit seien bei einer Ferienbetreuung zu unterstützen.

KTA Herr Maury interessiert eine rechtliche Einschätzung zu der Organisation und dem Angebot einer außerschulischen Betreuung (Versicherung etc.).

KTA Herr Maury fragt ergänzend an, ob es in der Organisation von Ferienangeboten die Möglichkeit einer Zusammenarbeit von freien Trägern und anderen Institutionen des Landkreises (u.a. Kreisjugendpflege) gebe oder evtl. auch ein Betreuungsangebot an fünf zentralen Orten (verteilt auf die Samtgemeinden) geschaffen werden könne.

Ausschussvorsitzender KTA Herr Hanke erkundigt sich bei den Schulleitungen, ob es Bestrebungen gegeben habe, dass vom Land noch ein Erlass kommen soll.

Herr Bartholomai führt aus, dass nach einem aktuellen Brief des Kultusministeriums die Sommerferien für die Lehrkräfte unangetastet bleiben würden. Weiterhin sei bereits die Betreuung in den Osterferien durch die Lehrkräfte sichergestellt worden. Die Nachfrage nach der Notfallbetreuung in den Osterferien sei an den weiterführenden Schulen zudem minimal gewesen. Für die Sommerferien gebe es bisher ebenfalls keine Nachfragen.

Herr Bartholomai regt an zu prüfen, ob die bereits bestehenden Ferienangebote für eine Betreuung genutzt und ausgeweitet werden könnten.

Herr Herborth verweist darauf, dass während der Sommerferien die Grundreinigung in den Schulen stattfinden werde.

Erste Kreisrätin Frau Löser führt aus, dass es auch in den regelmäßigen Treffen der Kreisarbeitsgemeinschaft um die Betreuung in den Kindertagesstätten sowie um die Ferienbetreuung und die Organisation von Ferienangeboten / Ferienfreizeiten gehe. Sie werde eine mögliche Ausweitung der Ferienfreizeiten im nächsten Treffen erörtern.

KTA Frau Bade bittet darum, dass die Lehrer bei den Eltern ohne großen Aufwand (z.B. über das Hausaufgabenheft) abfragen, ob überhaupt ein Betreuungsbedarf in den Ferien bestehe.

Frau Schulz sagt zu, dass sie mit dem Kreisjugendpfleger und den Samtgemeinden über mögliche Ferienangebote (z.B. Aktivierung der Jugendzentren, Einsatz von nicht pädagogischem Personal etc.) Rücksprache halten werde.

KTA Frau Bade schlägt einen Aufruf über die Zeitung vor, dass die Eltern sich bei der Kreisverwaltung melden könnten, wenn ein Betreuungsbedarf bestehe.

behandelt ohne Beschlussempfehlung.

8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

8.1. Mittagsverpflegung am Schulzentrum Lüchow (W.)

2020/539

Aus dem Gremium gibt es Nachfragen zur Sitzungsvorlage.

KTA Herr Fathmann bittet um Erläuterung des Hintergrundes, warum sich besonders jüngere und beeinträchtigte Schüler und Schülerinnen nicht in die Mensa trauen würden.

KTA Herr Jacobs fragt nach, wie viele Kinder davon betroffen seien, die vor Schulbeginn nicht frühstücken würden oder kein Essen mit zur Schule bekamen und was dagegen unternommen werde.

Herr Herboth erläutert, dass er keine genauen Zahlen nennen könne. Es käme in jeder Unterrichtsklasse aber immer mal wieder vor, dass 1 bis 2 SchülerInnen vor Schulbeginn nicht gefrühstückt hätten und denen dann übel sei. So würden die Lehrkräfte immer wieder berichten.

Weiterhin führt **Herr Herboth** an, dass insbesondere die kleineren SchülerInnen sich nicht zur Mensa trauen würden, da sich im Bereich der Mensa oft die älteren SchülerInnen aufhalten. Die kleineren SchülerInnen würden sich dann dort nicht so wohl fühlen.

Herr Eilts ergänzt, dass die weitgehend erwachsenen SchülerInnen der BBS das Schulgelände verlassen und an der Mensa rauchen. Auf dem Schulgelände bestehe ein Rauchverbot. Daher treffe sich eine große Anzahl an SchülerInnen zum Rauchen an der Mensa. Eine Aufsichtspflicht bestehe nur für das Schulgelände.

Den Schulleitungen sei nicht bekannt, dass es dort Stress gebe oder die Jüngeren bedroht werden würden.

Frau Schulz merkt an, dass hinsichtlich fehlender Frühstücksversorgung u.a. aus dem Bereich des Jugendamtes in Familien Familienhelfer eingesetzt werden und Hilfe zur Selbsthilfe als Unterstützung angeboten werde. Ein Frühstücksangebot in der Schule ver helfe betroffenen Kindern ebenfalls zu einem regelmäßigen Frühstück.

Kenntnis genommen

8.2. Sachstand Umsetzung Digitalpakt

2020/500

Frau Schulz gibt den Sachstand zum Digitalpakt anhand der Sitzungsvorlage wieder. Es habe ein Gespräch mit dem externen Berater gegeben, mit dem die Verwaltung nun nach Beendigung des Vergabeverfahrens zusammenarbeiten werde. Dieser habe bereits erfolgreich mit dem Landkreis und der Samtgemeinde Elbtalau zusammengearbeitet. In diesem Gespräch sei ein Stufenplan festgehalten worden. Mit der Breitbandgesellschaft sei man im Gespräch, wann an welcher Schule die entsprechende W-LAN Anbindung erfolgen könne, damit diese Schule überhaupt förderfähig sei. Es würden Abstimmungsprozesse laufen und ein Projektplan erstellt. Als erster Schritt müsse die Anbindung bzw. die notwendige Infrastruktur an den Schulen geschaffen werden. Des Weiteren haben die Schulen eigene Medienentwicklungskonzepte nach den Anforderungen der Förderrichtlinie erstellt. Es wurden fast alle Konzepte vorliegen, die nun geprüft würden. Der externe Berater Herr Köther werde auf die Schulen zugehen und es werde eine Auftaktveranstaltung im Rahmen einer Schulleiterrunde geben.

Frau Schulz stellt fest, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Anschaffungen getätigt werden sollen, die den späteren Konzepten nicht standhalten würden. Die Mittel aus dem Digitalpakt würden vermutlich nicht ausreichend sein, so dass Priorisierungen mit den Schulen besprochen werden müssen. Es sei auch anzunehmen, dass einige Medienbildungskonzepte evtl. aufgrund der Corona-Pandemie angepasst werden würden, da auch die Verbindung mit dem Homeschooling neue Anforderungen an die digitalen Möglichkeiten stelle. Weiterhin werde die Verwaltung eine Aufstellung der Folgekosten erstellen. Laut dem externen Berater würden von den Investitionskosten geschätzte 15% - 20% pro Jahr an laufenden Unterhaltungskosten anfallen. Weiterhin seien PC-Räume, die Geräte sowie die Fortbildung für die Lehrkräfte nicht förderfähig.

KTA Frau Kittmann fragt nach, welche Schulen bereits mit dem Breitband ausgestattet seien, so dass in den Klassen digital unterrichtet werden könne.

Frau Weingarten äußert, dass die Kapazitäten am Schulzentrum, wie in der Förderrichtlinie gefordert, nicht ausreichend seien um die Wünsche aus dem Medienbildungskonzept an den Schulen umsetzen zu können. Die Voraussetzungen waren aus den Haushaltsmitteln des Landkreises zu schaffen, da diese nicht nach dem Digitalpakt forderfähig seien. Die Frage sei, ob die Mittel eingeplant seien oder eingeplant würden.

Frau Schulz stellt klar, dass ein Abstimmungsprozess mit der Breitbandgesellschaft erfolgen werde und Kostenpläne erstellt werden würden. Diese würden in der Politik vorgestellt und abgestimmt werden müssen.

Herr Bartholomai ergänzt, dass die Breitbandversorgung im Landkreis nicht fleckendeckend vorhanden sei und nach seinem Wissen keine Schule zurzeit die notwendige Versorgung, wie nach der Förderrichtlinie gefordert, besitzen würde. Die Versorgung mit stabilem Internet sei im Landkreis nicht gewährleistet und stelle ein infrastrukturelles Problem nicht nur im Landkreis, sondern in ganz Deutschland dar. Weiterhin gebe es von Schüler- und Elternseite durchaus Personen, die nicht willens seien, sich mit der digitalen Nutzung auseinanderzusetzen oder diese sogar verweigern (z.B. keine E-Mailadresse, kein Smartphone). Das Vorhalten der erforderlichen digitalen Infrastruktur und das Umsetzen digitaler Konzepte seien hinfällig, solange es keine Verpflichtung für Eltern und Schüler gebe, diese auch in Anspruch nehmen zu müssen.

Herr Herborth stimmt den Ausführungen von Herrn Bartholomai zu und ergänzt, dass die Jeetzel-Oberschule Luchow bereits einen Breitband- bzw. Glasfaseranschluss habe. Dieser könne allerdings noch nicht nach den Förderbedingungen des Digitalpaktes genutzt werden. Man warte auf die nächste Stufe.

Frau Weingarten betont, dass nun die technischen Voraussetzungen geschaffen werden müssten, damit die Schulen die Inhalte ihrer Medienbildungskonzepte auch umsetzen können. Den Schulen sei wichtig, dass die Mittel entsprechend der schuleigenen Medienbildungskonzepte verwendet würden.

Frau Marx schildert, dass die KGS Clenze noch nicht am Breitbandanschluss angeschlossen sei und diese den schnellen Anschluss zur Weiterentwicklung ihrer Konzepte dringend benötigen würde. Man habe gut über Iserv den Kontakt zu der Schüler- und Elternschaft halten können. Es habe positive Resonanz gegeben.

KTA Herrn Maury habe vom Landtagsabgeordneten einen Fragenkatalog erhalten. Die Fragen werden der Verwaltung schriftlich mitgeteilt und über das Protokoll beantwortet werden. Dazu.

Nachfragen zum Digitalpakt und zur Anbindung der kreiseigenen Schulen an „Das Bessere Netz“ (Glasfaser)

1.) Es kursiert das Gerücht, der Schulträger habe bisher - anders als die Samtgemeinden - keine Verträge zur Anbindung der Schulen an die Glasfaser gestellt. Falls dem nicht so ist, welche Vertragsmodi wurden konkret gewählt?

Verwaltung: Wir sind mit der Breitbandgesellschaft im Kontakt. Es haben bereits Gespräche stattgefunden. Die Gesellschaft weiß, dass die Schulen angeschlossen werden sollen und diese sind auch bei den Planungen berücksichtigt.

2.) Nachfragen zur Sitzungsvorlage:

➤ **Zu Abs. 3: „Bisher hat jede Schule“ ... Dazu werden die unterschiedlichen Schulplattformsysteme (Iserv und Moodle) als Beispiel angeführt. Die Auswahl der Schulplattform steht aber nach Auskunft der Schulen in keinem mittelbaren Zusammenhang mit den Förderrichtlinien des Digitalpakts. Gibt es weitere treffende Beispiele für die Uneinigkeitsprobleme?**

Verwaltung: Es gibt derzeit keine weiteren Probleme aufgrund von Uneinigkeitsproblemen. Es soll daran gearbeitet werden die IT-Strukturen der weiterführenden Schulen zu vereinheitlichen. Das ist weitestgehend so auch schon umgesetzt.

➤ **Zu Absatz 6: „Die Integra betreut“ und begleitet die Schulen des Landkreises ja bereits seit Jahren bei Fragen der digitalen Strukturen und Technik und kennt diese. Weshalb können die Fachkräfte der Integra die hier genannte technische und medienpädagogische Unterstützung dann nicht leisten, ggf. auch in Verbindung mit dem kostenlosen Beratungsangebot der NLSchB. Ist diesbezüglich eine Beratungsanfrage an die Landesschulbehörde gestellt worden. Falls ja, wie wurde sie beantwortet?**

Verwaltung: Integra ist nicht für alle weiterführenden Schulen zuständig. Das Unterstützungsangebot der NLSchB wird genutzt, aber deckt nur den pädagogischen Part ab. Es wurde bewusst ergänzend ein unabhängiger Berater ausgewählt, der auch bei allen Samtgemeinden eingesetzt wird um Synergien zu nutzen.

- **Zu Seite 2, Abs. 3: „Mit den Medienbildungskonzepten ...“: Die Landesschulbehörde begleitet die Schulen (und die Schulträger) doch kostenlos bei den Medienbildungskonzepten.**

Verwaltung: Auch hier decken die Behörden lediglich den pädagogischen Teil ab. Wir arbeiten eng mit dem medienpädagogischen Berater zusammen, der für uns zuständig ist. Auch der medienpädagogische Berater unterstützt eine technische externe Beratung.

- **Zu Abs. 8.: „Die Medienbildungskonzepte werden ...und folgende Seite: „Sobald alle vorliegen“ - Laut Nachfrage bei den Schulen liegen alle Medienbildungskonzepte einsehbar durch den Schulträger online bei der Integra vor. Falls dem nicht so sein sollte, die Konzepte konkret welcher Schulen fehlen noch?**

Verwaltung: Wir haben mittlerweile alle Konzepte erhalten Diese werden im Hinblick auf die Anforderungen des Digitalpaktes überprüft. Es gibt eine unterschiedliche Qualität der Konzepte. Einige müssen nachgebessert werden.

- **Zu letztem Absatz auf S. 2: „Die Vergabe wurde ...“ Ist es zutreffend, dass die 38.000 Euro aus den Fördermitteln des Digitalpaktes genommen werden sollen? Falls Ja, wie wirkt sich das z.B. auf die Anschaffungswünsche der Schulen aus? Können dann möglicherweise z.B. insgesamt 8 interaktive Tafeln weniger angeschafft werden? Dies würde ja mitunter ganz besonders kleinere Schulen treffen. Oder sollen dann größere Schulen entsprechend geringer ausgestattet werden?**

Verwaltung: Die Beratungsleistungen werden gleichmäßig und verhältnismäßig auf die einzelnen Schulen verteilt Die „kleinen“ Schulen werden nicht benachteiligt. Es wird ein Zeitplan/Projektplan erstellt, der auch mit der Politik abgestimmt wird Ziel ist aber eine zukunftsfähige IT-Infrastruktur zu entwickeln, die im Hinblick auf die technischen Entwicklungen auch langfristig Bestand hat, daher brauchen wir diese Unterstützung.

- **Zu Seite 3, Abs. 3: „Nicht zu unterschätzen“. Kosten für die Schulungen fließen nicht aus dem Digitalpakt, sondern wie eh und je sind Fortbildungen aus dem Landesbudget der Schule zu bestreiten und da sind und waren bisher immer ausreichend Mittel vorhanden. Oder ist bekannt, dass an einer Schule in der Vergangenheit die auch bisher schon eingeführten interaktiven Boards nicht in den Unterricht sinnvoll eingebunden wurden, weil das Lehrpersonal nicht hinreichend geschult war? Liegen dem Schulträger diesbezüglich Anhaltspunkte für eine Fortbildungsverweigerung an hiesigen Schulen vor?**

Verwaltung: Der Verwaltung ist nichts bekannt. Das Thema Fortbildung soll aber auch bei den Medienbildungskonzepten ein Thema werden und soll mit den Schulen besprochen werden. Ohne vernünftige Fortbildungen ist eine Digitalisierung an den Schulen aus Sicht des Landkreises nicht möglich

Kenntnis genommen

8.3. Tätigkeitsbericht des Kreisarchivs 2019

2020/536

Es bestehen keine Nachfragen zur Sitzungsvorlage.

Kenntnis genommen

8.4. Zwischenbericht Leitprojekt Grenzgeschichten
--

2020/477

Es bestehen keine Nachfragen.

Kenntnis genommen

8.5. Anfrage von KTA Bade zur Fachkräfteausbildung

KTA Frau Bade fragt an, wann das in einer der vorherigen Sitzungen vereinbarte Treffen mit dem Vertreter der SKF stattfinden werde oder was daraus geworden sei. Es ginge um eine Arbeitsgruppe zur Fachkräfteausbildung

Laut Frau Schulz gebe es auf einer anderen Ebene weitere Entwicklungen in Zusammenarbeit mit Wendlandleben und den Fachkräfteiniciativen. Aus der Wirtschaft sei zu dem die Rückmeldung erfolgt, dass es nicht gut sei auf verschiedenen Ebenen das gleiche Thema zu bearbeiten.

Frau Schulz merkt an, dass bereits ein Treffen mit den Schulleitungen und Vertretungen aus der Wirtschaft stattgefunden habe. Es sei ein Austausch darüber erfolgt, wo in den Schulen Angebote der Betriebe vorgestellt werden konnten und wie ein intensiverer Austausch zwischen Schulen und Betrieben aussehen könne (u a Berufsorientierungskonzepte der Schulen den Betrieben zur Verfügung stellen)

Kenntnis genommen

8.6. Anfrage von KTA Pengel zu den Radabstellanlagen

KTA Frau Pengel fragt nach dem Sachstand zum Projekt Radabstellanlagen an den weiterführenden Schulen.

Der Sachstand wird bei der Klimaschutzleitstelle erfragt und dem Protokoll beigefügt.

Die Klimaschutzleitstelle teilt auf Nachfrage der Schulverwaltung folgenden Sachstand mit:

Radabstellanlagen am Schulzentrum Dannenberg (Gymnasium und Oberschule) und der KGS Clenze:

Eine Ausschreibung für den Bau von überdachten Radabstellanlagen erfolgt im 3. oder 4. Quartal 2020 durch das Gebäudemanagement. Der Bau soll im Jahr 2021 erfolgen. Eine Abstimmung mit den Schulleitungen über den genauen Standort der Anlagen wird im Zuge des Ausschreibungsprozesses erfolgen.

Finanzierung:

135.000 € (Gesamtvorhaben), Finanzierung durch

81.000 € Fordermittel

39.000 € Drittmittel (GWBF)

15.000 € Eigenmittel

Anzahl der Stellplätze:

KGS Clenze. 24

Schulzentrum Dbg: 144

... am Schulzentrum Dannenberg werden im Prozess des „Masterplan Schulzentrum Dannenberg“ weitere (nicht-überdachte) Fahrradbügel in unmittelbarer Nähe vor den Gebäuden aufgestellt.

Radabstellanlagen am Schulzentrum Lüchow (Gymnasium und Oberschule) und BVS Hitzacker:

Die Finanzierung von Radabstellanlagen am Schulzentrum in Lüchow (Gymnasium und Oberschule) und der BVS Hitzacker befindet sich in der Beantragung im Rahmen des aktuellen Verbundvorhabens des Landkreises und der Samtgemeinden (Antrag „Neue Wege für neue Räder!“), vorgestellt im Fachausschuss REWO am 10.6.2020. Hierfür sind rund 257.500 € (90% Forderung) beantragt. Falls der Antrag und die Maßnahme bewilligt werden und die geplanten Zeitpläne eingehalten werden können, kann der Bau bzw. die Erneuerung der Radabstellanlagen im Jahr 2022 stattfinden.

BBS Lüchow

Die BBS Lüchow hat im Zuge der FahrRad!-Kampagne 4.000 € Drittmittel zugesagt bekommen, um in Eigenleistung einen Fahrradunterstand für 35-40 Räder zu errichten. Laut der BBS sei die Fertigstellung des Unterstandes im Frühjahr 2021 geplant.

Kenntnis genommen

8.7. Verschiedenes

Frau Schulz teilt mit, dass die Stelle des Allgemeinen Vertreters der Schulleitung an der KGS Drawehn-Schule Clenze neu besetzt werde. Es gebe nur noch einen Bewerber. Der Schulträger würde sich dem Besetzungsvorschlag bzw. der Entscheidung des Schulvorstandes anschließen wollen und diese Besetzung empfehlen, d.h. das Benehmen mit der Landesschulbehörde herstellen.

Die Schulleiterin Frau Marx macht dazu weitere Ausführungen.

Es gibt keine Einwände oder weiteren Aussprachebedarf aus dem Gremium.

KTA Herr Maury erkundigt sich bei den Schulleitungen, wie sich der Schulbetrieb unter den Corona-Bedingungen darstelle und wie der Ausblick auf nach den Sommerferien sei.

Die Schulleitungen äußern sich dazu. Ein normaler Betrieb sei nicht möglich, weil u.a. mit halben Lerngruppen im wechselnden Schichtbetrieb aufgrund der Hygiene- und Abstandsvorgaben gearbeitet werden müsse (Frontalunterricht und Homeschooling).

Frau Lumpe, Schulleiterin der Bernhard-Varenius-Schule Hitzacker, erläutert auf Nachfrage von **KTA Herrn Hanke** die gegenwärtige Situation an der Schule nach dem entstandenen Wasserschaden.

Nichtöffentlicher Teil

9. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Kein nicht öffentlicher Teil

Ausschussvorsitzender KTA Herr Hanke bedankt sich und schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Hanke

Vorsitzende



Protokollführung